

Letzte Gemeinderatssitzung 2017

CDU-Stadtrat Klaus Bloedt-Werner mit doppeltem Lottchen zur Baden-Badener Leo-Affäre "Einen Deckel auf die Sache machen", aber nichts "unter den Teppich kehren"



Unvermeidlich führte auch der Leopoldplatz in der Gemeinderatssitzung am Montag wieder zu einigen Emotionen.

Baden-Baden, 20.12.2017, 00:00 Uhr, Kommentar: Christian Frietsch Im Mittelpunkt der Gemeinderatssitzung am Montag standen die Haushaltsreden der verantwortlichen Kommunalpolitiker. goodnews4.de berichtete. Unvermeidlich führte auch der Leopoldplatz wieder zu einigen Emotionen.

Wohl mit Blick auf die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ordnete Alexander Uhlig, Erster Bürgermeister, die Vorgänge um den Leopoldplatz auch für das Image der Stadt Baden-Baden ein: «Glauben Sie nicht, dass man da draußen über das Welterbe spricht, nein, man spricht über den Leopoldplatz im Land.» Immer wieder verteidigen Baden-Badener CDU-Verantwortliche auch weiterhin die Rolle der Bauunternehmer in ihren Reihen und wollen den offenkundigen Interessenkonflikt nicht einsehen. Das gilt für die Rolle von Oliver Weiss, CDU-Stadtrat und Prokurist im elterlichen Bauunternehmen, genauso wie für Christian Mussler, ehemaliger CDU-Stadtrat, Bauschussmitglied und sogar Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSE, mit der er eine gemeinsame Firma mit IDEAL Wohnbau schmiedete. Das Ergebnis ist der Fall Vincentius. Inzwischen ist der ehemalige Stadtrat alleiniger Gesellschafter der IDEAL Wohnbau.

Unbelehrbar bleibt der CDU-Vize-Fraktionschef Klaus Bloedt-Werner. Die Schuld des Leopoldplatz-Desasters sieht er nicht in Vetternwirtschaft und CDU-Seilschaften, sondern eher in der Berichterstattung vornehmlich in unserer Online-Tageszeitung. goodnews4.de berichtete. Während der Gemeinderatssitzung am Montag wiederholte er sein Statement aus der Bauausschusssitzung – goodnews4.de berichtete – wonach seine Fraktion sich wünsche «einen Deckel auf die Sache» zu machen. Dies beziehe sich auf die notwendigen Entscheidungen zur Fortführung der Baumaßnahme und man müsse schon «Bösartigkeit» entwickeln, um vorzuwerfen, dass sie etwas «unter den Teppich kehren» wollten. Offenbar im Wechselbad der Gefühle sorgt der Poltergeist der CDU für eine Begriffsverwirrung. Er will «einen Deckel auf die Sache machen», aber «nichts unter den Teppich kehren». So skizzierte er wohl auch das Wesen der Baden-Badener CDU: Eine Strategie des doppelten Lottchens zwischen den handfesten Interessen ihrer Mitglieder und dem Wohl der Stadt.

Protokoll von Nadja Milke zur 39. Gemeinderatssitzung vom Montag

TOP 1 Offizielle Amtseinführung des zweiten Beigeordneten, Herrn Roland Kaiser

TOP 2 Verleihung der Silbernen Ehrenmedaille der Stadt Baden-Baden an Frau Sperling-Theis

TOP 3 Verleihung der Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Baden-Baden an Herrn Günter Seifermann

TOP 4 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine Wortmeldungen.

TOP 5 Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Margret Mergen nahm Stellung zu der Idee für einen Wochenmarkt für Baden-Oos. Sie betonte, dass es nie Absicht gewesen sei, eine Konkurrenz zu den etablierten Märkten in der Weststadt und Lichtental zu schaffen. Man habe sich bewusst dafür entschieden, nicht einfach einen neuen Markt auszuschreiben, sondern die Marktbesucher zu befragen. Da diese keinen Markt in Oos wollten, sei das Thema für die Verwaltung «durch».

TOP 6 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 7 Sanierung Leopoldsplatz und weitere Aufwertung der Innenstadt;

a) Fortschreibung des Projektbeschlusses vom 28.09.2015 und 29.05.2017 zur Sanierung des Leopoldsplatzes und Fortschreibung des Projektbeschlusses vom 24.04.2017 zur Sanierung und Umgestaltung der Luisenstraße zwischen Leopoldsplatz und Inselstraße

b) Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen

c) Vergabe des Auftrages zum 2. Bauabschnitt (Oberfläche Leopoldsplatz und Luisenstraße)

Beate Böhlen, Fraktionschefin von Die Grünen, beantragte eine getrennte Abstimmung der Punkte a, b und c und begründete dies damit, dass ihre Fraktion nach wie vor eine Asphaltlösung für die Oberfläche des Leopoldsplatzes bevorzuge.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, wiederholte sein Statement aus der Bauausschusssitzung – [goodnews4.de berichtete](#) – wonach seine Fraktion sich wünsche «einen Deckel auf die Sache» zu machen. Dies beziehe sich auf die notwendigen Entscheidungen zur Fortführung der Baumaßnahme und man müsse schon «Bösartigkeit» entwickeln, um vorzuwerfen, dass sie etwas «unter den Teppich kehren» wollten. Was aufgeklärt werden müsse, müsse aufgeklärt werden. Außerdem hoffe er, dass die Anlieger des Leopoldsplatzes, die Nachteile und Einschränkungen hinnehmen müssten, entschädigt werden.

Martin Ernst, FBB, sagte, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde und begründete dies mit der fehlenden Antwort des Regierungspräsidiums Karlsruhe auf die Eingabe der Fraktion der Grünen. [goodnews4.de berichtete](#). Dies sei eine Missachtung demokratischer Spielregeln und er hoffe, mit der Ablehnung Druck auf das Regierungspräsidium auszulösen. Die Vergabe sei ein «Gemurkse» und die Verantwortung dafür trage Oberbürgermeisterin Margret Mergen, weil sie zugelassen habe, dass der ehemalige Erste Bürgermeister Werner Hirth die Verträge mit der Baufirma Weiss unterzeichnete.

Hans Schindler, FDP, sagte die «never ending story» Leopoldsplatz müsse «zu Ende gebracht werden». Die FDP habe große Zweifel, dass der Leopoldsplatz schön werde und sei sich sicher, dass die Sanierung keine Aufwertung sei. Die FDP habe sich einen Piazza-Charakter für den Leopoldsplatz gewünscht mit einer deutlichen Abgrenzung von Fußgängern und Busverkehr.

Joachim Knöpfel, SPD, erklärte, dass die Beton-Lösung für die Leopoldsplatz-Oberfläche die richtige Entscheidung gewesen sei. Er wiederholte seine Aussage aus der Bauausschusssitzung, wonach seine Fraktion bedauere, dass die erste Ausschreibung zur Leo-Sanierung nicht aufgehoben wurde, weil damit ein sechsstelliger Betrag hätte eingespart werden können.

Heinz Gehri, Freie Wähler, kündigte an, nicht wie im Bauausschuss gegen die Vorlage der Verwaltung zu stimmen, sondern dafür, weil «die Leute die Schnauze voll» hätten und die Baumaßnahme schlecht für die Bürger und die Geschäftsleute sei.

Beate Böhlen zog ihren Antrag auf getrennte Abstimmung zurück und kündigte an, dass ihre Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig warnte, dass das Regierungspräsidium «nicht weiterhelfen» werde. Die Geschicke würden allein im Rathaus verantwortet, vom Regierungspräsidium werde keine Hilfe kommen. Es gehe bei dem Tagesordnungspunkt um die Umsetzung einer Entscheidung des Gemeinderats für eine Beton-Oberfläche für den Leopoldsplatz. Bei einer alternativen Entscheidung müsse völlig neu begonnen werden mit Planung und Ausschreibung. Die Ziellinie für die Leo-Sanierung stehe jedoch unmittelbar bevor. Er berichtete von dem nach der Submission einer Ausschreibung vorgeschriebenen Aufklärungsgespräch mit der Firma Grötz, die das günstigste Angebot bei der zweiten Ausschreibung für den zweiten Bauabschnitt des Leopoldsplatzes vorgelegt hatte. Er habe das erste Mal bei einem solchen Gespräch teilgenommen und auch von der Firma Grötz sei der Geschäftsführer anwesend gewesen, was die Bedeutung der Maßnahme betone. Abschließend fügte er warnend hinzu: «Glauben Sie nicht, das man da draußen über das Welterbe spricht, nein, man spricht über den Leopoldsplatz im Land.»

Der Gemeinderat stimmte mit 25 Ja- und 14 Nein-Stimmen der Grünen, FBB und FDP für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 8 Verabschiedung der Haushalts- und Wirtschaftspläne 2018/19

a) Behandlung nachgereichter haushaltsrelevanter Anträge (StR Seifermann: Erhöhung Wohnbaumittel, StR Sperling-Theis: Kinderzeitung Babsi)

b) Haushaltssatzung der Stadt Baden-Baden mit dem Haushaltsplan 2018/19 c) Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2018/19

d) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Umwelttechnik 2018/19

e) Wirtschaftsplan der Baden-Baden Events GmbH 2018/19

f) Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Gesellschaft zum Erwerb und anschließender Nutzungsüberlassung des Festspielhauses Baden-Baden mbH 2018/19

[goodnews4.de berichtete](#).

TOP 9 2. Nachtragsvereinbarung zum Konzessionsvertrag Gas mit der badenova AG & Co. KG

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Zwischen der Stadt Baden-Baden und der badenova AG & Co KG besteht für die Stadtteile Neuweiler, Steinbach und Varnhalt ein Konzessionsvertrag über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Gasversorgung. Die Laufzeit des Vertrages hat am 01.02.2013 begonnen und endet am 31.01.2033, wobei nach Ablauf von 10 Jahren seit Vertragsbeginn der Stadt ein Sonderkündigungsrecht zusteht. Aufgrund von Änderungen des Musterkonzessionsvertrags Gas des Städte- und*

Gemeindetags Baden-Württemberg hat die badenova AG & Co KG der Stadt Baden-Baden einen Änderungsvertrag vorgelegt, der als Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügt ist.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 10 Sanierungsgebiet «Oos» Neugestaltung Festhallenumfeld

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Sanierungsmaßnahmen im Bereich Festhalle Oos wurden bereits im Jahr 2012 im Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) zum Sanierungsgebiet «Oos», dessen Umsetzung die städtischen Gremien im Dezember 2012 (Drucksache-Nr. 12.446) beschlossen haben, als Leitidee entwickelt. Mit der Modernisierung der Festhalle wurde bereits begonnen, die Arbeiten dauern derzeit noch an. Die Neugestaltung des zugehörigen Festhallenumfelds folgt dem beschlossenen ISEK. Die bestehende Ausfahrt aus dem provisorischen Parkplatz direkt vor dem Knotenpunkt «Ooser Leo» ist verkehrstechnisch ungünstig, das Stellplatzangebot im Zusammenhang mit Veranstaltungen unzureichend und die Gestaltungsqualität nicht angemessen. In diese Umfeldgestaltung soll auf Wunsch der Ooser Vereine auch die Anlegung eines Festplatzes mit eingebunden werden, da hierfür bisher nur ein unzureichendes Angebot besteht. Zudem wünschen sich die Vereine einen fest installierten Bewirtungsvorbau auf dem Festplatz, um kleinere Veranstaltungen ohne großen Aufwand durchführen zu können oder bei größeren Festen ihr Festzelt anbauen zu können. In einem öffentlichen Suchverfahren wurde ein entsprechend qualifiziertes Planungsbüro gesucht und im Büro BHM aus Bruchsal gefunden. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Abstimmungsgespräche mit der Stadtverwaltung, mit den Ooser Vereinen und Interessensgemeinschaften und weiteren Beteiligten geführt, so dass BHM nun einen Entwurf und eine entsprechende Kostenberechnung vorlegen kann.

Astrid Sperling-Theis, Die Grünen, mahnte die Verwaltung Geroldsau nicht zu vergessen, auch dort gebe es Sanierungsbedarf. OB Mergen antwortete, dass die Förderrichtlinien nur maximal zwei Sanierungsgebiete zuließen und die «Südliche Neustadt» nun als nächstes dran sei. Erst nach Beendigung des Sanierungsgebiets Oos könnten Fördermittel für ein neues Sanierungsgebiet beantragt werden.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 11 Bebauungsplan «Hahnberg»

- a) Aufstellungsbeschluss**
- b) Beschluss zur Durchführung des Verfahrens nach § 13 b BauGB**
- c) Beschluss zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit**
- d) Berücksichtigung der GSE als Erschließungsträger**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Bei der hier vorgesehenen Fläche handelt es sich um eine in Priorität 1 eingestufte Fläche des kommunalen Wohnbauflächenmanagements (KWFM). Für das in Lichtental liegende Areal (gem. Lageplan vom 15.11.2017) soll der Bebauungsplan aufgestellt werden. Dieser soll die Bezeichnung Bebauungsplan «Hahnberg» tragen. Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan 2025 ist in diesem Bereich bereits eine Wohnbaufläche dargestellt. Der Bebauungsplan wird somit aus dem FNP entwickelt. Für den städtebaulichen Entwurf wird eine Mehrfachbeauftragung mit zwei anerkannten Planungsbüros durchgeführt.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»

- a) Anpassung des Geltungsbereiches für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen B-Planes «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»**
- b) Billigungs- und Offenlagebeschlüsse für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen B-Planes «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»**
- c) Anpassung des Geltungsbereiches für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»**
- d) Billigungs- und Offenlagebeschlüsse für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift» sowie der örtlichen Bauvorschriften innerhalb des Geltungsbereiches und deren Begründungen**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Das DRK als Betreiber der Altenpflegeeinrichtung in der Rotenbachtalstraße in Baden-Baden ist im Zuge des Heimstättengesetzes gezwungen, seinen seitherigen Standort aufzugeben und an anderer Stelle im Stadtgebiet neu zu errichten, da die Investitionen in den Altbestand wirtschaftlich nicht mehr tragbar wären. Mittlerweile hat die Fa. Treubau AG aus Freiburg einen Kaufvertrag mit Entwicklungsoption mit dem Eigentümer abgeschlossen und somit Zugriff auf Immobilie und Grundstück. Der aus den 1970er Jahren stammende unmaßstäbliche Anbau an das denkmalgeschützte und in rotem Sandstein ausgeführte Ludwig-Wilhelm-Stift von 1892 soll abgebrochen werden. Der denkmalgeschützte Altbau wird freigestellt und wo erforderlich, in einen denkmalgerechten Zustand rückgebaut. Auf dem Grundstück sollen 3 Ersatzbauten sowie eine gemeinsame Tiefgarage erstellt werden. Diese werden Wohnungen umfassen und auch das historische Gebäude soll zu Wohnzwecken entsprechend heutiger Ansprüche ertüchtigt werden. Einen entsprechenden Antrag hat der Vorhabenträger, die Treubau AG, bei der Stadtverwaltung eingereicht. Eine Übernahme der Gestehungskosten des Bauleitplanverfahrens ist vom Vorhabenträger erklärt.

Astrid Sperling-Theis kritisierte, dass die auf dem Grundstück geplanten Neubauten die Wohnungsnot in Baden-Baden nicht lindern würden, denn sie spreche nicht die Menschen an, die sie bevorzugt in der Innenstadt sehen wollten, sondern würden zu weiteren «Rolladen-Wohnungen oder Ferienwohnungen» führen. Sie kritisierte auch, dass die geplante Bebauung nur zu einer Gewinnmaximierung für das DRK führen würde.

Joachim Knöpfel gab zu bedenken, dass das DRK nicht gezwungen sei, seinen Sitz zu verlagern und man müsse sich fragen, ob eine Konzentrierung von Alten- und Pflegeheimen in Oos sinnvoll sei.

Klaus Bloedt-Werner beschwerte sich, dass manche Redebeiträge «nur noch Ohrenscherzen» verursachen würden und meinte damit wohl Astrid Sperling-Theis. Das DRK habe ein berechtigtes Interesse an einer Gegenfinanzierung für seinen neuen Standort und alles andere sei nur «populistische Geschwätz». Dass bei «dem Bodenpreis keine Sozialwohnungen» gebaut werden könnten, könne jeder verstehen, für den 1 + 1 nicht 3, sondern 2 sei.

Martin Ernst, FBB, lobte die Qualität der Neubauten und die Sicherung des historischen Denkmals, Alt und Neu bildeten eine «hervorragende Symbiose».

Für Hans Schindler sei «schön und attraktiv etwas anderes», aber dies sei wohl der heutige Stil. Die Architekten hätten die Wünsche des Gestaltungsbeirats alle erfüllt und das Ergebnis sei ein guter Kompromiss.

Der Gemeinderat stimmte bei einer Enthaltung für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 13 Anpassung der Abwassersatzung ab dem 01.01.2018

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *§ 2 AbwS enthält Begriffsbestimmungen, die der Mustersatzung des Gemeindetags entsprechen. Diese werden zum Teil der Mustersatzung des Deutschen Städtetags angeglichen.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig für die Vorlage der Verwaltung.

TOP 14 Anfragen aus dem Gemeinderat

Astrid Sperling-Theis fragte, ob die Verwaltung ein Konzept habe wie mit Wohnungsvermietungsmodellen wie «Airbnb» umzugehen sei, denn diese entzögen der Innenstadt Wohnraum.

OB Mergen erklärte, dass dort Handlungsbedarf bestehe, denn es werde nicht nur Wohnraum entzogen, sondern auch die Struktur der Innenstadt verändert. Sie wies darauf hin, dass auch Ferienwohnungen einer baurechtlichen Änderung bedürften. Die Verwaltung prüfe, ob ein Zweckentfremdungsverbot helfen könnte. Es sei jedoch schwierig herauszufinden, welche Wohnungen über «Airbnb» vermietet werden, da die Adresse der Wohnung nur angezeigt werde, wenn man diese buche. Die Verwaltung sei an dem Thema dran, es sei jedoch nicht trivial und benötige noch etwas Zeit.

[Zurück zur Startseite und zu den weiteren aktuellen Meldungen.](#)

goodnews4Baden-Baden Breaking News kostenlos abonnieren!

Jeden Tag sendet *goodnews4.de* die wichtigste Nachricht als News-E-Mail.

[Hier abonnieren!](#)